

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Andreas Flocken

**28.01.2012 /19.20-19.50 Uhr**  
**29.01.2012 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/info](http://www.ndr.de/info)

**Inhalt:**

- Pendler-Armee Bundeswehr – Marsch ins gesellschaftliche Abseits?
- Counterproliferation – der geheime Krieg gegen das iranische Atomprogramm
- Ausgeblendete zivile Kriegsoffer? – Libyen-Einsatz der NATO auf dem Prüfstand
- Zwischen Appeasement und Eindämmung? Japans Umgang mit der aufstrebenden Militärmacht China

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Diesmal mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien.  
Am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute geht es u.a. um diese Themen:

- Counterproliferation – der geheime Krieg gegen das iranische Atomprogramm.
- Ausgeblendete zivile Kriegsoffer ? – Libyen-Einsatz der NATO auf dem Prüfstand. Und:
- Zwischen Appeasement und Eindämmung? Japans Umgang mit der aufstrebenden Militärmacht China.

Doch zunächst zur Bundeswehr. Die Streitkräfte befinden sich bekanntlich im Umbruch. Sie sollen kleiner, gleichzeitig aber auch effizienter werden. Doch die Truppe ist verunsichert, weiß nicht so recht, was auf sie zukommt. Die Stimmung ist mies. Das beklagte in dieser Woche der Wehrbeauftragte des Bundestages bei der Vorlage seines Jahresberichts 2011.

Dabei will die Bundeswehr mit der Neuausrichtung nicht nur schlagkräftiger sondern auch attraktiver werden. Die Belastungen in der Truppe nehmen aller-

dings zu. Und eine Änderung ist nicht in Sicht. Rund 70 Prozent der Soldaten pendeln zwischen Wohnort und Dienstsitz, viele über hunderte von Kilometern. Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus über die Auswirkungen:

#### O-Ton Königshaus

„Eine Folge der häufigen Abwesenheit von zu Hause sind zum Teil extrem hohe Trennungs- und Scheidungsraten, insbesondere in den besonders betroffenen Einheiten. In einzelnen Bereichen habe ich dort Situationen [an]getroffen, wo bis zu 80 Prozent der Soldaten mir berichtet haben, dass sie sich in der Vergangenheit, und zwar auch aufgrund der dienstlichen Belastungen, getrennt haben oder scheiden ließen.“

Durch das im Oktober verkündete neue Standortkonzept wird das Pendeln noch weiter zunehmen. Denn es werden zahlreiche Kasernen dicht gemacht. Für Hellmut Königshaus hat der Verteidigungsminister eine Chance verpasst. Der Wehrbeauftragte hatte vergeblich für ein Konzept plädiert, mit dem die Fahrerei erheblich verringert worden wäre:

#### O-Ton Königshaus

„Es wäre einfach langfristig, nicht von heute auf morgen natürlich, zu erreichen gewesen, wenn man versucht hätte, alles das, was zum Beispiel zu tun hat mit ABC-Schutz und ABC-System, zusammengefasst hätte. Dann wäre jeder, der im Bereich ABC bei der Bundeswehr tätig ist, in Zukunft in einer bestimmten Region konzentriert, könnte dort seine Familie ansiedeln, könnte sich dort niederlassen, könnte in die Sportvereine gehen, könnte sein soziales Umfeld entwickeln. Und wo immer er dann versetzt wird innerhalb der Bundeswehr, innerhalb dieses Bereichs, könnte er zu Hause bleiben und müsste nicht so weit fahren.“

Aber der Verteidigungsminister wollte sich nicht mit den Ländern und Kommunen anlegen, er ist gegen Großstandorte. Thomas de Maizière hält lieber an dem Grundsatz fest, die Bundeswehr weiterhin über die ganze Republik verstreut zu stationieren. Dieses Prinzip hatte seine Berechtigung während des Kalten Krieges. Denn durch eine dezentrale Stationierung war die Bundeswehr nicht so leicht durch den Warschauer-Pakt anzugreifen. Doch der Ost-West-Konflikt ging vor mehr als 20 Jahren zu Ende.

Die vielen Versetzungen und die immer länger andauernden Auslandseinsätze haben nicht nur zur Folge, dass der Soldatenberuf für Freiwillige unattraktiver

wird. Zugleich besteht die Gefahr, dass sich Bundeswehr und Gesellschaft zunehmend auseinanderentwickeln – gerade nach Aussetzung der Wehrpflicht. Denn den Soldaten fällt es unter diesen Bedingungen immer schwerer, ein soziales Umfeld aufzubauen. Sie sind immer auf Achse, können sich im Sportverein und am gesellschaftlichen Leben immer weniger beteiligen. Das könnte weitreichende Folgen haben. Der Wehrbeauftragte:

#### O-Ton Königshaus

„Das ist eine gefährliche Entwicklung, Das ist eine Entwicklung, die deshalb das Leitbild des Bürgers, des Staatsbürgers in Uniform gefährdet und die dringend gestoppt werden muss.“

Das neue Standortkonzept stellt der Verteidigungsminister allerdings nicht zur Disposition. Große Korrekturen wird es nicht geben. Die Bundeswehr wird also vollends zu einer Pendler-Armee. Unter diesen Bedingungen ist die vom Verteidigungsministerium angestrebte Vereinbarkeit von Familie und Dienst nur sehr schwer zu verwirklichen.

Können Berufssoldaten ihren Kindern angesichts dieser Probleme überhaupt noch empfehlen zur Bundeswehr zu gehen? Der in Eutin stationierte Hauptfeldwebel Axel Orth:

#### O-Ton Orth

„Ich würde meinen Kindern abraten, aus jetziger Sicht, nach den Erfahrungen der letzten Jahre.“

So denkt die große Mehrheit der Berufssoldaten. Das hat vor einiger Zeit eine Umfrage des Bundeswehrverbandes ergeben. Ob die Bundeswehrreform zu einer Trendumkehr führen wird, darf bezweifelt werden. Denn in der verkleinerten Bundeswehr sollen weniger Soldaten künftig zusätzliche Aufgaben übernehmen. Die Anforderungen an den Einzelnen werden deutlich steigen. Nicht nur für den Wehrbeauftragten müssten die Soldaten im Mittelpunkt der Bundeswehrreform stehen. Nur so kann die Bundeswehr geeigneten Nachwuchs gewinnen und zukunftsfähig werden:

### O-Ton Königshaus

„Wenn sich also ein Interessierter, der sich für die Frage interessiert, ob er zur Bundeswehr als Nachwuchskraft gehen soll, mit einem Soldaten unterhält und der sagt: dass kannst Du vergessen, schau mal wie das hier aussieht. Dann wird das eben nicht attraktiv wirken. Egal wie bunt ich die Plakate drucke. Deshalb ist auch die Pflege des Bestandes besonders wichtig.“

Doch daran hapert es. Zwar wurden vom Verteidigungsministerium Attraktivitätsmaßnahmen und ein Reformbegleitprogramm verkündet. Doch entschieden ist bisher nichts. Denn die Finanzierung ist noch nicht gesichert. Die Bundeswehr muss also noch viel tun, wenn sie ein wirklich attraktiver Arbeitgeber werden will.

Mehr zu diesem Thema auf der Internet-Seite von Streitkräfte und Strategien, unter [ndr.de/info](http://ndr.de/info). Dort können Sie unter anderem die Pressekonferenz des Wehrbeauftragten nachhören.

Zu unserem nächsten Thema. Der Iran steht weiter unter Verdacht, Atomwaffen anzustreben. Das aber will insbesondere der Westen verhindern. Die EU-Außenminister haben daher in dieser Woche ein Ölembargo beschlossen, um Teheran zum Einlenken zu bewegen. Eine militärische Reaktion wollen die Europäer vermeiden. Allerdings: Gegen den Iran laufen bereits Operationen, wenn auch im Geheimen. Über den leisen Krieg gegen das iranische Atomprogramm – Thomas Horlohe:

### Manuskript Thomas Horlohe

Es gibt Kriege, die werden nie erklärt. Die Öffentlichkeit erfährt nur gelegentlich von spektakulären Einzelaktionen oder von scheinbar unbedeutenden Zwischenfällen. Für sich genommen scheinen sie keinen Sinn zu ergeben, wie Puzzle-Teile, die erst beim Zusammensetzen ein Bild entstehen lassen. Doch man muss kein leidenschaftlicher Puzzle-Spieler sein, um zu erkennen, dass seit vielen Jahren ein Geheimkrieg gegen das Atomprogramm Teherans geführt wird. Die Hinweise häufen sich, dass er heftiger wird. Zunächst sabotiert der Computer-Virus „Stuxnet“ die Urananreicherung in der Anlage in Natans. Dann ist da die Serie von fünf Attentaten gegen iranische Wissenschaftler, die alle am Atomprogramm mitgearbeitet haben sollen. Am 12. November vergan-

genen Jahres ereignet sich auf einer Raketenbasis eine große Explosion, die den Chef des Entwicklungsprogramms für ballistische Raketen mit in den Tod reißt. Und Anfang Dezember wird eine hochmoderne US-Aufklärungsdrohne im Iran zur Notlandung gezwungen. Doch das sind nur die jüngsten Ereignisse in einem Krieg der Geheimdienste, der bereits Jahrzehnte andauert.

In seinem 2008 veröffentlichten Buch spricht der israelische Journalist und Geheimdienstexperte Ronen Bergman von einem dreißigjährigen Krieg:

#### O-Ton Bergman(overvoice)

„Das Buch mit dem Titel ‚Der geheime Krieg gegen den Iran‘ ist eine Beschreibung des Krieges, der im Nahen Osten schon sehr lange andauert. Es handelt sich um einen verdeckten Krieg, der sich abspielt zwischen dem Westen und dem Iran. Auf der einen Seite stehen hauptsächlich die Geheimdienste der USA und Israels, die CIA und der Mossad, und andere Nachrichtendienste westlicher Länder mit gelegentlichen Auftritten des britischen MI6 des französischen Geheimdienstes und des deutschen BND. Und auf der anderen Seite steht das klerikale Regime des Iran.“

Seitdem das iranische Regime sich offenbar 1989 entschieden hat, Nuklearwaffen anzustreben, versucht Israel, dies zu vereiteln, mit allen Mitteln. Die Israelis sehen in einer iranischen Atombombe eine existenzielle Bedrohung. Wie todernt es ihnen damit ist, erfuhr die Regierung Bush, als sie gebeten wurde, israelischen Kampffjets für den geplanten Angriff auf die Urananreicherungsanlage in Natans zu erlauben, den irakischen Luftraum zu durchqueren, der damals von den US-Besatzungstruppen kontrolliert wurde. Präsident Bush lehnte ab. Er entschied sich, Israel auf andere Weise zu unterstützen. Im März 2008 befahl er verdeckte Operationen gegen den Iran, wie der US-Journalist Seymour Hersh enthüllte:

#### Zitat Hersh

„Diese Operationen, für die der Präsident um bis zu 400 Millionen Dollar nachsuchte, sind in einem Geheimdienstbefehl niedergelegt, den Bush unterzeichnet hat. Sie zielen darauf, das klerikale Regime zu destabilisieren. Mit den verdeckten Aktivitäten sollen ethnische Minderheiten und Dissidentengruppen unterstützt werden. Außerdem sollen Informationen über das vermutete geheime Atomwaffenprogramm des Iran gesammelt werden.“

Seither wird systematisch versucht, alle iranischen Bemühungen zu sabotieren, die zu einer einsatzbereiten Atomwaffe führen könnten. „Counterproliferation“ lautet der Oberbegriff für Ausfuhrbeschränkungen, Sabotage und militärische Präventivschläge.

Fast gebetsmühlenartig wiederholt die Regierung Obama, dass die „militärische Option“, also ein Präventivschlag gegen identifizierte iranische Atomanlagen, wie es heißt, „auf dem Tisch bleibt“. Doch ein Luftschlag hätte unabsehbare politische Folgen. Zudem ist er militärisch kompliziert und nur begrenzt erfolgversprechend, wie zahlreiche Planspiele gezeigt haben. Die US-Luftwaffe vermag zwar alles zu treffen, was sie als Ziel identifiziert hat. Aber Nachrichtendienste und Luftaufklärung bezweifeln, dass sie alle relevanten Elemente des iranischen Atomwaffenprogramms ausgemacht haben. Mehr noch: Trotz aller Anstrengungen besteht nicht einmal hundertprozentige Gewissheit, dass der Iran ein Atomwaffenprogramm im Sinne systematischer, koordinierter, auf das Ziel der Waffenfähigkeit gerichteten Anstrengungen tatsächlich verfolgt. Der jüngste Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA vom November führt zwar eine Reihe verdächtiger Aktivitäten an, die nur erklärlich sind, wenn man unterstellt, dass Teheran auf dem Weg von der Urananreicherung zu einer Atomwaffe ist. Aber die Schlussfolgerung der IAEA fällt eher zurückhaltend aus –auch wenn der Report beispielsweise von Israel ganz anders interpretiert wird. Wörtlich heißt es in dem Bericht:

Zitat IAEA-Bericht:

„Die Informationen weisen darauf hin, dass die Aktivitäten bis zum Ende des Jahres 2003 im Rahmen eines strukturierten Programms erfolgten. Es gibt auch Hinweise dafür, dass einige Aktivitäten, die für die Entwicklung eines Nuklearsprengkörpers von Bedeutung sind, nach dem Jahr 2003 fortgeführt wurden und einige möglicherweise noch immer fortgesetzt werden.“

Das heißt: seit neun Jahren gibt es zwar eine Reihe von Indizien, aber weiterhin keinerlei Beweise, dass der Iran ein Atomwaffenprogramm verfolgt, das diese Bezeichnung verdient.

Man könnte vermuten, dass die IAEA sich aus diplomatischen Gründen sehr vorsichtig äußert. Doch auch die US-Nachrichtendienste sind frustriert. Ein

hochrangiger US-Geheimdienstler ließ sich hierzu im vergangenen Jahr von dem Journalisten Seymour Hersh nur anonym zitieren:

Zitat US-Geheimdienstler

„Entscheidend ist doch, dass wir in den letzten vier Jahren nichts wirklich Neues in Erfahrung bringen konnten. Keine unserer Anstrengungen, weder Informanten, noch Spionagekommandos oder heimlich aufgestellte Sensoren, nichts weist auf eine Bombe hin.“

Und US-Verteidigungsminister Panetta sagte Anfang des Monats zu den Absichten des Teheraner Regimes:

O-Ton Panetta (overvoice)

„Ob sie versuchen eine Nuklearwaffe zu entwickeln? Nein. Aber wir wissen, dass sie die Fähigkeit dazu anstreben. Das macht uns Sorgen. Unsere rote Linie ist dann überschritten, wenn sie eine Nuklearwaffe entwickeln.“

Die Israelis ziehen ihre rote Linie sehr viel enger. Sie wäre bereits überschritten, wenn der Iran bereits zu 20 Prozent angereichertes Uran noch höher anreichert, weil es dafür keinerlei zivile Verwendung gibt, oder wenn Uran und Zentrifugen in die neue unterirdische Atomanlage Fordo verbracht werden. Mit ihren Bombenangriffen auf den irakischen Reaktor Osirak 1981 und auf die Reaktorbaustelle bei Al Kibar in Syrien 2007 haben die Israelis gezeigt, dass sie im Zweifel lieber früher zuschlagen, als zu spät.

Für Präsident Obama stellt die niedrigere Schmerzgrenze der israelischen Führung ein Risiko dar. In dieser verzwickten Lage scheint alles erlaubt, womit Zeit erkaufte werden kann, was den Fortschritt von Irans Atomaktivitäten behindert. Informationen darüber, was der Iran in Fordo und anderswo treibt, sind aus zwei Gründen wichtiger denn je: Erstens, um die Israelis von voreiligen Schritten abzuhalten. Zweitens, um nötigenfalls weitere gezielte Sabotageaktionen starten zu können. Mitte November unterstrich US-Sicherheitsberater Donilon die Bedeutung von Überwachung:

Zitat Donilon

„Wir müssen wachsam sein. Und wir werden es sein. Wir werden mit allergrößtem Nachdruck daran arbeiten, alle Atom bezogenen Anstrengungen des Iran aufzudecken.“

Wie zum Beweis musste wenige Tage später eine moderne US-Aufklärungsdrohne vom Typ RQ-170 Sentinel im Iran notlanden. Ihre Navigation war gestört worden. Die Drohne war mit Videokameras ausgestattet, die eine ununterbrochene Überwachung ausgewählter Ziele ermöglichen. Mit dem gleichen System war es gelungen, das Versteck Bin Ladens im pakistanischen Abottabatt zu entdecken, ohne dass er selbst je gesichtet wurde.

Öffentlich setzt der Westen auf Diplomatie und Sanktionen, um eine iranische Atombombe zu verhindern. Bisher ohne Erfolg. Ob das von der EU verhängte Öl-Embargo Teheran zu mehr Kompromissbereitschaft bewegen wird, ist ungewiss. Deshalb wird der verdeckte Krieg gegen den Iran fortgeführt.

\* \* \*

#### Flocken:

In der kommenden Woche tagen in Brüssel die NATO-Verteidigungsminister. Der Libyenkrieg wird diesmal zwar nicht auf der Tagesordnung stehen. Allerdings haben die NATO-Kommandostellen den Auftrag, die Militäroperation auszuwerten. Bei diesem sogenannten Lessons-Learned-Prozess wird man vermutlich feststellen, dass der Luftkrieg keineswegs so mustergültig verlief, wie kürzlich vom NATO-Generalsekretär dargestellt. Das gilt insbesondere für die Frage der zivilen Opfer. Christoph Prößl weiß mehr:

#### Manuskript Christoph Prößl

Als Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am 5. Oktober vergangenen Jahres vor die Presse trat, hatten ihm die Verteidigungsminister gerade den Rücken gestärkt. Die Allianz war zu dem Schluss gekommen, dass die Operation Unified Protector ein Erfolg war:

#### O-Ton Rasmussen

„Today, ministers agreed that the operation has been a great success.“

Bereits einige Tage später wurde Gaddafi aufgespürt und Rasmussen verkündete das Ende der Operation. Unterm Strich – so der Eindruck in der Allianz, lief alles gut. Keine Verluste in den eigenen Reihen. Die Resolution der Vereinten Nationen durchgesetzt – so die Lesart der Allianz. Kritisch äußerten sich

die Amerikaner, die europäischen Partner hätten den Einsatz technisch alleine nicht bewerkstelligen können. Dabei hatten sich die USA raushalten wollen. Für die Amerikaner der Beweis, dass die Europäer mehr Geld für die Sicherheit ausgeben müssen. Und vor allem ein Punkt ist der NATO besonders wichtig: Es hat kaum Berichte über zivile Opfer gegeben. Aus vergangenen Missionen hatte die NATO gelernt, dass der Einsatz nicht nur im Operationsgebiet entschieden wird, sondern auch in den Medien. Von Anfang an wollte die Allianz die Zahl der zivilen Opfer so gering wie möglich halten. Russell Harding, stellvertretender Befehlshaber der Operation Unified Protector:

#### O-Ton Harding

„If you are there for a civilian protect mission you have to take the utmost care that while you are trying to protect civilians you are not killing civilians.“

Die NATO sei angetreten mit der Aufgabe, Zivilisten zu schützen. Da dürfe man keine Zivilisten töten. Dieser hohe Anspruch war die Leitlinie für den Einsatz der Allianz. Doch ganz konnte das Bündnis den eigenen Anspruch nicht erfüllen. Mehrere Nicht-Regierungs-Organisationen sammelten Zwischenfälle und recherchierten, um genaue Opferzahlen nennen zu können. Peter Bouckaert von der Menschenrechts-Organisation Human Rights Watch:

#### O-Ton Bouckaert (overvoice)

„Wir sind durch das Land gereist und haben die meisten Orte besucht, wo es zivile Opfer gegeben haben soll. Wir haben den Eindruck, dass bei es bei Angriffen der NATO 50 bis 100 zivile Opfer gegeben hat.“

Zu ähnlichen Zahlen kamen Reporter der NEW YORK TIMES. Die Zeitung hat in einem umfassenden Beitrag zahlreiche Angriffe dokumentiert, bei denen Zivilisten ums Leben gekommen sind. Außerdem recherchierten die Journalisten vor Ort und befragten Zeugen. Ihr Ergebnis: mindestens 40 Zivilisten seien getötet worden, davon waren mehr als 28 Frauen und Kinder. Auch wenn die Zahlen im Verhältnis zu früheren Einsätzen gering sind: Einen sauberen Krieg ohne unschuldige Opfer hat es auch in Libyen nicht gegeben. Peter Bouckaert von Human Rights Watch:

O-Ton Bouckaert (overvoice)

„Das Problem sind ja nicht die hohen Verluste durch die NATO-Schläge in Libyen. Was wir und andere Organisationen herausgefunden haben ist, dass die Zahl der zivilen Opfer auffällig niedrig war – verglichen mit der Intervention im Kosovo 1998 ebenso wie in Afghanistan oder im Irak. Was wir problematisch finden ist, dass die NATO so getan hat, als hätte es überhaupt keine zivilen Opfer gegeben. Aber es gab einige Angriffe, bei denen es zivile Opfer gegeben hat und das sollte durch die NATO untersucht werden.“

Doch offizielle Untersuchungen wird es nicht geben. Das bestätigte ein NATO-Sprecher auf Anfrage von NDR Info. Das Bündnis argumentiert: Da es keine NATO-Kräfte am Boden gibt, könnten auch keine Untersuchungen angestellt werden. Dazu kommt: Das Interesse der Libyer, Angriffe aufzuklären, bei denen es zivile Opfer gegeben hat, hält sich in Grenzen. Peter Bouckaert von Human Rights Watch argumentiert: Die Libyer fühlten Dankbarkeit gegenüber der NATO – deswegen erhebe niemand derartige Forderungen.

Mit der Aufklärung der Zwischenfälle ist aber noch eine ganz andere Stelle befasst: Die Vereinten Nationen. Eine eigens einberufene Kommission soll alle Verletzungen der Menschenrechte in Libyen untersuchen. Gaddafis Gräueltaten, aber auch mögliche Vergehen durch die NATO. Aus diesem Grund hat die Kommission eine umfassende Anfrage an das Bündnis gerichtet. Die Allianz antwortete in der vergangenen Woche auf neun Seiten. Übermittelt wurden Informationen über die jeweiligen Angriffe, das Lagebild und weitere Fakten. Im kommenden Monat möchte die UN-Kommission zur Ermittlung von Menschenrechtsverstößen in Libyen ihren Bericht veröffentlichen. Peter Bouckaert von Human Rights Watch weiß aber schon jetzt:

O-Ton Bouckaert (overvoice)

„In den Kriegen im Irak oder in Serbien und dem Kosovo sind viele Hundert Menschen bei den Luftschlägen ums Leben gekommen. Die Fehler, die die NATO-Teams damals gemacht haben, waren viel größer. Oft hat sich die NATO damals auf altes Aufklärungsmaterial gestützt. Zum Beispiel wurde ein Haus identifiziert, in dem eine hochrangige Person wohnt, dieses Haus wurde Stunden später angegriffen, als die Person längst nicht mehr dort war. Also in diesen beiden Einsätzen haben wir Zwischenfälle gesehen, bei denen bei einem einzigen Angriff mehrere Dutzend Menschen getötet wurden. Diese Interventionen waren viel blutiger.“

Genauere Details, wie die NATO die Ziele auswählt und entscheidet, wann ein Angriff erfolgt, teilt das Bündnis nicht mit. Zu den Grundsätzen gehört beispielsweise die Vorgabe, keine Infrastruktur anzugreifen. Aus einem einfachen Grund, sagt Russell Harding, stellvertretender Befehlshaber der Operation Unified Protector. Dadurch hätten materielle Schäden entstehen können, die dann später wieder behoben werden müssten. Mutmaßlich durch Hilfszahlungen oder aus dem klammen Haushalt einer neuen libyschen Regierung. In diplomatischen Kreisen hieß es, die NATO habe Ziele wie Wasserwerke, Straßen oder Elektrizitätswerke auch deswegen gemieden, um der Bevölkerung keinen Schaden zuzufügen. NATO-General Russell Harding:

O-Ton Harding (overvoice)

„Wir haben immer auf die Vorschläge für die Ziele geschaut, die Bedeutung des Ziels, ob es mit unseren Grundsätzen übereinstimmt. So ein Vorgang bekommt die höchste Aufmerksamkeit, wie Sie sich vorstellen können.“

Grünes Licht für einen Beschuss sei immer nur von höchster Stelle gekommen, sagt Harding. Entweder vom Befehlshaber, Charles Bouchard, oder ihm selbst.

Für die vergleichsweise geringe Zahl von zivilen Opfern könnte es auch eine technische Ursache geben. Die NATO konnte sich offenbar auf deutlich mehr Aufklärungsdaten stützen als bei früheren Missionen. Dazu beigetragen haben zahlreichen Drohnen – auch das unbemannte US-Aufklärungsflugzeug Predator. Und: die NATO hatte die Bevölkerung über Radio-Sendungen und Flugblätter aufgefordert, sich von militärischen Einrichtungen fern zu halten.

Doch trotz aller Vorsicht: Es hat zivile Opfer gegeben. Die NATO selbst ist jedoch mit der Bewertung zurückhaltend 7.000 Luftangriffe seien geflogen worden. Es habe auch Fälle gegeben, bei denen Gaddafi-treue Truppen Tote in die Häuser gebracht hätten, die die NATO zuvor angegriffen hatte. Details wollte ein Sprecher jedoch nicht nennen. Doch von Kriegsverbrechen - verübt durch die NATO – spricht keine Nicht-Regierungs-Organisation. Beispielsweise habe die NATO auch keine geächtete Munition verwendet, also etwa Streubomben. Gaddafi hingegen ließ solche Munition einsetzen.

Noch hat die Allianz keinen Strich unter die Operation Unified Protector gezogen. Für das Treffen der Verteidigungsminister der Allianz in der kommenden Woche möchte das NATO-Hauptquartier SHAPE im belgischen Mons einen umfassenden Bericht vorlegen. Dazu hat NATO-Oberbefehlshaber Admiral James Stavridis von den Nationen, die an dem Einsatz beteiligt waren, Stellungnahmen angefordert. Die Bilanz dürfte überwiegend positiv ausfallen. General Manfred Lange, Stabschef im NATO-Hauptquartier:

#### O-Ton Lange

„Libyen ist für mich keine Blaupause. Jeder Einsatz ist anders und der größte Fehler, den wir machen können, ist, dass wir unsere Strukturen und unsere Konzepte nach den Operationen von gestern orientieren. Aber ich denke schon, dass Libyen ein Modell ist. Es ist ein Modell, weil es gezeigt hat, dass wir in sehr kurzer Zeit eine Planung abschließen können. Es ist auch ein Modell, weil es gezeigt hat, dass das Bündnis in großer Geschwindigkeit rein aber eben auch raus gehen kann. Es ist ein Modell, weil es glücklicherweise und richtigerweise auf einer klaren Völkerrechtslegitimation beruhte. Insofern ist Libyen schon ein Modell.“

Ob die zivilen Opfer in dem Bericht für die Verteidigungsminister der NATO eine Rolle spielen, ist jedoch offen. Das Interesse der Allianz, Angriffe mit zivilen Opfern aufzuklären, hält sich in Grenzen.

\* \* \*

#### Flocken:

Das Augenmerk der USA richtet sich immer stärker auf den asiatisch-pazifischen Raum. Von dort würden künftig die größten Gefahren für die internationale Sicherheit ausgehen – so die Einschätzung in Washington. Das sieht man in Japan ähnlich. Eine besondere Herausforderung für die Regierung in Tokio ist dabei die aufsteigenden Militär- und Wirtschaftsmacht China. Welche Folgen hat diese Entwicklung für die japanische Außen- und Sicherheitspolitik? Michael Hyngar ist dieser Frage nachgegangen:

#### Manuskript Michael Hyngar

Das Jahr 2010 brachte die Wende. In den Augen vieler Japaner – und vieler Chinesen. Denn 2010 löste China Japan als weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft ab. Platz eins belegen die USA. Die Verdrängung Japans vom zweiten

auf den dritten Platz hatte sich lange zuvor angedeutet, nicht zuletzt wegen des rasanten chinesischen Wirtschaftswachstums auf der einen, und der japanischen Wirtschaftskrisen auf der anderen Seite. Dennoch: viele Japaner sehen spätestens seit dem Verlust der wirtschaftlichen Überlegenheit gegenüber China auch eine grundlegende Verschiebung des Mächtegleichgewichts zwischen beiden Staaten. Denn nicht nur wirtschaftlich gewinnt China zusehends an Macht, auch militärisch rüstet das kommunistische Land auf. Und aus der wirtschaftlichen Stärke resultiert der Wunsch nach mehr politischer Einflussnahme, so Beobachter. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI schätzt, dass China seine Militärausgaben in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht hat. Vor allem in die Modernisierung der Luftwaffe und der Marine hat das Reich der Mitte investiert.

Chinas wirtschaftlicher Erfolg jedoch hängt entscheidend von Japan ab: Beim Export ist Japan drittwichtigster Handelspartner, nach den USA und Hongkong. Und umgekehrt geht es auch für Japan nicht ohne die Chinesen: China ist Japans Haupt-Absatzmarkt. Es herrschen also eine gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und gleichzeitig politischer Argwohn und Misstrauen - Robert Dujariic, Politikwissenschaftler an der japanischen Temple-Universität in Tokio bringt das schwierige Verhältnis beider Länder auf den Punkt:

O-Ton Dujariic (overvoice)

„Die Beziehung ist vieles gleichzeitig: China ist ein sehr wichtiger Wirtschaftspartner – in einer Beziehung, die für beide Seiten Vorteile bringt. Die politische Klasse Japans sieht China aber auch als Bedrohung – wenn auch nicht so schlimm wie damals die Sowjetunion. Aber die chinesische Politik bezüglich der Senkaku-Inseln, die chinesische Unterstützung Nordkoreas, die steigenden Militärausgaben und das aggressive Verhalten der chinesischen Marine – all das wird in Japan als Bedrohung wahrgenommen.“

Bedrohung durch einen wichtigen Wirtschaftspartner. Nicht nur deshalb ist das Verhältnis so komplex, erklärt Toshihiro Nakayama, Professor für Internationale Politik an der Aoyama Gakuin Universität in Tokio:

O-Ton Nakayama (overvoice)

„China ist kein Feind. China ist ein wirtschaftlicher Motor in der Region. In diesem Sinne ist China für Indien, Australien, Indonesien, Japan, Südkorea und die Philippinen wichtig. Sie alle brauchen China. Das ist der größte Unterschied

zur Sowjetunion damals. China ist unerlässlicher Teil des asiatisch-pazifischen Raumes, deswegen ist es ein wichtiger Teil für die Ordnung dort im weitesten Sinne.“

Eine Ordnung, die China immer mehr in seinem Sinne gestalten möchte. Das wird auch anhand des japanisch-chinesischen Konflikts um die fünf Senkaku-Inseln deutlich: die liegen im ostchinesischen Meer, auf halber Strecke zwischen Taiwan und Okinawa. Die Inseln selbst sind geologisch unbedeutend und unbewohnt, doch Experten vermuten in der Region ergiebige Öl- und Gasvorkommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg standen die Senkakus zunächst unter US-amerikanischer Verwaltung und wurden Anfang der 70er Jahre zusammen mit der Insel Okinawa an Japan zurückgegeben. Doch China rechnet die Senkakus zu seinem Staatsgebiet, Seekarten aus der Ming-Dynastie würden das belegen. Für die Regierung in Peking gehören die Inseln nach eigener Definition zu den Kerninteressen chinesischer Souveränität. Dieser Begriff taucht sonst nur im Zusammenhang mit Taiwan oder Tibet auf. Seit 2010 kommt es wegen der Inseln immer wieder zu kleineren Scharmützeln zwischen China und Japan. Auf beiden Seiten gibt es zwar Bestrebungen, den Konflikt zu entschärfen, doch den Außenpolitikern sind die Hände gebunden, meint Hiroyuki Akita, Politischer Kommentator beim Nikkei Weekly:

O-Ton Akita (overvoice)

„Ich glaube, der innenpolitische Faktor ist auch ein Grund, warum China so energisch seine Interessen durchsetzt und nicht so leicht mit anderen Ländern Kompromisse finden kann. Es gibt einen Machtkampf innerhalb des Landes. Und natürlich spielt auch das rasche Wachstum des Militärs eine Rolle. Es verbessert seine Fähigkeiten. Da ist es doch nur logisch, dass das Militär denkt, es würde nun noch besser sein, auch das ostchinesische Meer zu kontrollieren.“

Die chinesische Marine soll zwar weiterhin ausdrücklich nur der küstennahen Verteidigung dienen, sie wird jedoch auch für küstenferne Hochseeoperationen gerüstet, sind sich Experten sicher. Als Beleg dafür gilt die Investition in den ersten chinesischen Flugzeugträger, der im August vergangenen Jahres auf Jungfernfahrt ging. Das Schiff ist keine eigene Entwicklung. Anfang der 90er Jahre wurde die ukrainische „Varyag“ für geschätzte 20 Millionen Dollar an ein chinesisches Unternehmen verkauft und in jahrelanger Arbeit umgerüstet und

modernisiert. Hu Jintao, Präsident der Volksrepublik China, hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission seines Landes den Zweck dieser Anstrengung beschrieben: Die chinesische Marine müsse sich gründlich vorbereiten und der Vormachtstellung der USA zur See etwas entgegensetzen. Doch welche Ziele genau Chinas Militär verfolgt, darüber hüllt sich die Regierung in Schweigen – ein Fehler, so Toshihiro Nakayama, von der Aoyama Gakuin Universität in Tokio:

O-Ton Nakayama (overvoice)

„Die Intransparenz, mit der China aufrüstet, verunsichert die asiatischen Länder. Das empfindet nicht nur Japan so, sondern auch die anderen Länder. Transparenz in dem Sinne, was für ein Ziel China bei der Aufrüstung hat und welche und wie viele Waffen China jetzt besitzt, ob China eine Hegemonial- und Ausdehnungspolitik führen möchte, das alles macht die asiatischen Länder unsicher. Diese Bedenken sollten durch China selbst geklärt werden.“

Japan beobachtet die Aufrüstung des Nachbarn sehr genau. Ende 2010 formulierte die Regierung neue Verteidigungsrichtlinien, die der wachsenden militärischen Stärke Chinas Rechnung tragen sollen. In den nächsten zehn Jahren sollen demnach neue Kampfflugzeuge den Küsten- und Inselfschutz verstärken, die U-Boot-Flotte um sechs Einheiten vergrößert werden. Außerdem wird eine noch engere Kooperation mit den Vereinigten Staaten und anderen demokratischen Partnern wie Südkorea, Indien und Australien angestrebt. Das ist der richtige Weg, sagt Hiroyuki Akita vom Nikkei Weekly:

O-Ton Akita (overvoice)

„Die Antwort für Japan muss lauten, eine starke Allianz mit den USA beizubehalten. Japan allein kann nicht mit China umgehen, das zu einer starken wirtschaftlichen und militärischen Macht aufsteigt. Deshalb sollte die japanische Strategie auf einer engen Kooperation mit den USA aufbauen. So wird die Stabilität in der Region aufrecht erhalten. Und zusammen mit den USA können die Japaner China ermutigen, den Dialog auszubauen. So können militärische Spannungen abgebaut werden.“

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben alle japanischen Regierungen im Grundsatz auf den Ausbau der militärischen Beziehungen zu den USA gesetzt. Die Fähigkeit zu gemeinsamen Einsätzen wurde verbessert, zum Beispiel durch mehr Manöver und Übungen. Tokio wird weiterhin an der Kooperation mit den Amerikanern festhalten. Ohne die USA, da sind viele Experten und Po-

litiker überzeugt, würde ein Machtvakuum in asiatisch-pazifischen Raum entstehen. Und China wäre sofort zur Stelle, dieses Vakuum auszufüllen. Regionale Sicherheitsorganisationen seien – im Gegensatz zum euro-atlantischen Raum – zu schwach für ein so starkes Mitglied, so Toshihiro Nakayama:

O-Ton Nakayama (overvoice)

„Wenn China seinen eigenen Willen und seine Absichten noch transparenter machen könnte und wenn China bestätigen könnte, dass die Chinesen mit uns die selbe Weltanschauung haben, oder dass Peking mit uns die gleiche internationale Ordnung pflegen möchte und China in diesem Sinne unser geeigneter Partner sein könnte, dann kann man China auch in eine Sicherheitsorganisation in dieser Region eingliedern. Aber jetzt, in diesem Moment kann man China nicht als zuverlässigen Partner bezeichnen. Man sollte nicht so voreilig das Ziel haben, China in so eine Organisation einzugliedern. Da muss man sich Zeit lassen.“

Bis es soweit ist, bleibt das Verhältnis zwischen China und Japan – und auch den anderen Länder der Region - von dem Leitsatz geprägt, den einst ein japanischer Politiker formulierte: kühle Politik bei heißer Wirtschaft.

\* \* \*

Flocken:

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien.

Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen: unter [ndr.de/info](http://ndr.de/info). Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.